

Die Beziehungen EU-Türkei

Die Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer als zusätzlicher Konfliktstoff

GERHARD MARCHL

Karl-Renner-Institut, Leiter des Bereichs Europäische Politik

www.renner-institut.at

Auf einen Blick:

- Bei den EU-Beitrittsgesprächen mit der Türkei sind kaum nennenswerte Fortschritte zu verzeichnen. 14 von 35 Verhandlungskapitel sind wegen des Zypernkonflikts blockiert. Eine formelle Aussetzung oder ein Abbruch der Gespräche sind jedoch nicht absehbar. Die Gespräche über die nötige Modernisierung der bereits bestehenden Zollunion sind ausgesetzt.
- Die Türkei hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend von den Werten der EU entfernt. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind unter Druck.
- Ebenfalls zur Entfremdung zwischen der EU und der Türkei tragen die Flüchtlingsfrage, der ungelöste Zypernkonflikt sowie die Rolle der Türkei in Syrien, Libyen und in Bergkarabach bei.
- Seit 2019 sorgt die ungelöste Frage der Ausbeutung der Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer für einen zusätzlichen Konflikt, den sogenannten Gasstreit. Umstrittene Seegrenzen, daraus abgeleitete unvereinbare Ansprüche und das kompromisslose Vorgehen Ankaras führten zu ersten EU-Sanktionen.
- Die NATO-Mitgliedschaft der Türkei, die engen Wirtschaftsbeziehungen und die gegenseitige Abhängigkeit in der Flüchtlingsfrage haben hingegen eine stabilisierende Wirkung auf das schwierige EU-Türkei-Verhältnis.
- Jüngste Anzeichen leichter Entspannung im Gasstreit und dem Zypernkonflikt sind mit Vorsicht zu genießen. Aufgrund der widerstreitenden Interessen ist weiterhin von einem Auf und Ab in den Beziehungen auszugehen.

Neben Russland ist die Türkei zweifelsohne das bedeutendste, aber auch schwierigste unmittelbare Nachbarland der Europäischen Union. Die wirtschaftlichen Beziehungen sind eng, in der EU leben über fünf Millionen Menschen türkischer Abstammung, und seit fünfzehn Jahren wird über den Beitritt des Landes zur EU verhandelt, freilich ohne nennenswerte Fortschritte. Vielmehr hat es den Anschein, als würde sich die Türkei unter ihrem zunehmend autoritär regierenden Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan immer weiter von der Union und ihren Werten entfernen.

Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Bereits zu Beginn der europäischen Einigung stellte sich die Frage nach der Ausgestaltung des Verhältnisses zur Türkei. Schon 1963 wurde zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei ein Assoziierungsabkommen, das sogenannte Ankara-Abkommen, abgeschlossen, das dem Land auch eine Mitgliedschaft in Aussicht stellte. Darauf beruft sich auch die heutige Türkei und spricht in diesem Zusammenhang von einer jahrzehntelangen erniedrigenden Wartezeit.

Ein weiterer wichtiger Schritt war die Begründung einer Zollunion zwischen der EU und der Türkei im Jahr 1996. Es handelt sich um ein rein wirtschaftliches Abkommen, das vor allem den Wegfall der Zollschränken einleitete. Diese Zollunion muss aus rechtlichen Gründen neu verhandelt und modernisiert werden.

Nachdem 1999 die Türkei den Status eines EU-Beitrittskandidaten erhielt, sind seit 2006 die Verhandlungen im Gange. In wenigen der insgesamt 35 Verhandlungskapitel wurden bereits Fortschritte erzielt. Als einer der größten Stolpersteine erweist sich der ungelöste Zypernkonflikt. Da sich die Türkei weigert, das Ankara-Abkommen von 1963 und sein Zusatzprotokoll auch in den (Handels)Beziehungen zur Republik Zypern anzuwenden und beispielsweise Schiffe des Landes in ihre Häfen einlaufen zu lassen, fror der Rat Ende 2006 acht Verhandlungskapitel ein. Die Republik Zypern stoppte die Verhandlungen bzw. blockierte die Eröffnung von sechs weiteren Kapiteln. Die Folge ist, dass immer noch vierzehn der insgesamt 35 Kapitel durch die EU eingefroren sind.

Der zweijährige Ausnahmezustand nach dem Putschversuch 2016, die Ankündigung Ankaras, die Wiedereinführung der Todesstrafe zu prüfen, sowie die Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien sorgten dafür, dass in der EU die Rufe nach einer Suspendierung oder einem gänzlichen Abbruch der Verhandlungen lauter wurden. Das Europäische Parlament verlangte im November 2016 eine vorübergehende Aussetzung, aber im Rat blieb Österreich im Dezember 2016 mit einer ähnlich lautenden Forderung isoliert. Doch auch andere Staaten, allen voran Belgien, Frankreich und die Niederlande, sehen die Möglichkeit eines türkischen EU-Beitritts kritisch. Im März 2018 hielt der Rat fest, dass sich die Türkei von der EU wegbewegt hat, und suspendierte die Verhandlungen über die Zollunion. Das Europäische Parlament empfahl im März 2019 erneut eine Aussetzung der Beitrittsgespräche. Rat und Kommission kürzten seit 2019 die Vorbeitrittshilfen an die Türkei.

Der letzte, am 6. Oktober 2020 veröffentlichte Fortschrittsbericht der EU-Kommission zur Bewertung des Beitrittskandidaten Türkei zog eine ernüchternde Bilanz. Es wird festgestellt, dass „die Lage bei den Menschen- und Grundrechten [...] sich weiter verschlechtert [hat]“. Auch werden der steigende Druck auf die Zivilgesellschaft und erhebliche Rückschritte im Bereich der Justiz bemängelt. Zudem

heißt es: „Die Außenpolitik der Türkei stand zunehmend im Widerspruch zu den Prioritäten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU.“

Die Störung des Gesprächsklimas mit Ankara, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Gastreit (siehe unten), hatte auch in anderen Bereichen negative Konsequenzen: Im Juli 2019 setzte die EU die Verhandlungen über ein Luftverkehrsabkommen sowie die Abhaltung des Assoziationsrats und anderer Dialogforen mit der Türkei aus. Der Wunsch der Türkei, dass ihre Staatsbürger_innen künftig ohne Visum in die EU einreisen dürfen, hat derzeit keine Chance erfüllt zu werden.

Streitpunkte EU-Türkei

Die Türkei ist aufgrund ihrer Größe, Bevölkerungsanzahl, geographischen Lage und Ressourcen eine Regionalmacht. Die Ambitionen (insbesondere von Präsident Erdoğan) gehen noch weiter und orientieren sich am fragwürdigen Vorbild des Osmanischen Reichs.

Hier ein Überblick über jene Bereiche, die für Entfremdung und Streit zwischen EU und Türkei sorgen:

Der EU, wenn auch nicht all ihren Mitgliedstaaten, bereitet die fortschreitende **Abkehr von demokratischen Prinzipien, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in der Türkei** große Sorge. Augenscheinliches Beispiel für die Repressionen, denen sich die türkische Zivilgesellschaft ausgesetzt sieht, ist die anhaltende Inhaftierung des Unternehmers und Menschenrechtsverteidigers Osman Kavala – trotz eines gegenteiligen Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. FreedomHouse stuft das Land in seinem jüngsten Bericht zur Einhaltung politischer Rechte und Grundfreiheiten als nicht frei ein und vergibt lediglich 32 von 100 möglichen Punkten (Österreich: 93 Punkte). Unliebsame Journalist_innen, selbst wenn sie für ausländische Medien arbeiten, werden verfolgt und müssen mit langjährigen Haftstrafen rechnen. Auf der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen findet sich die Türkei nur mehr auf dem 154. Platz wieder. Im Südosten des Landes geht die Regierung weiterhin rigoros gegen die kurdische PKK vor. Ankara hält sich dabei nicht oder nur ungenügend an rechtsstaatliche Prinzipien. Zahlreiche demokratisch gewählte Bürgermeister_innen der prokurdischen HDP wurden durch sog. Treuhänder_innen ersetzt. Der ehemalige HDP-Vorsitzende Selahattin Demirtaş befindet sich seit 2016 in U-Haft.

Hinzu kommt, dass sich dutzende **EU-Bürger_innen aus politischen Gründen in türkischer Haft** befinden oder mit einem Ausreiseverbot belegt sind. Besonders betroffen sind Deutsche und Österreicher_innen, die größtenteils auch die türkische Staatsbürgerschaft besitzen. Es handelt sich um Journalist_innen, pro-kurdische Aktivist_innen oder „einfache“ Bürger_innen, denen wegen eines kritischen Kommentars, eines „Likes“ oder eines geteilten Beitrags auf Facebook Beleidigung Präsident Erdoğan – die strafbar ist – oder Terrorunterstützung vorgeworfen wird.

Immer wieder für Streit sorgen die **Flüchtlingsfrage** und die Umsetzung des im März 2016 unterzeichneten sog. Flüchtlingspakts. Dieser sieht vor, dass Migrant_innen, die über die Türkei nach Griechenland kommen und dort kein Asylrecht erhalten, zurückgebracht werden können. Im Gegenzug soll anstelle jedes/r zurückgebrachten Syrer_in ein_e andere_r in der EU aufgenommen werden. Zudem sollen im Rahmen der „Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei“ insgesamt sechs Milliarden Euro von der EU in konkrete Projekte zugunsten der über drei Millionen Flüchtlinge in der Türkei fließen.

Die Rückführung von Flüchtlingen kam nur unzureichend in Gang, während Ankara der EU wiederholt Verzögerungen bei der Auszahlung der Hilfgelder vorwirft.

Der Streit eskalierte Ende Februar 2020, als Ankara mit dem Versprechen offener Grenzen zu Griechenland mehr als 20.000 Flüchtlinge an die Grenze lockte. Einen Monat lang versuchten diese wiederholt, den Grenzfluss Evros zu überqueren, oft unterstützt von der türkischen Armee. Aber Griechenland hielt seine Landesgrenze dicht. Die Lage beruhigte sich, als die EU Präsident Erdoğan im März 2020 zusätzliche Finanzhilfe für die Flüchtlinge zusicherte. Mitte Dezember wurden die letzten Verträge im Rahmen der sechs Milliarden Euro umfassenden Fazilität unterzeichnet. Bereits im Juli 2020 hatte die EU zusätzlich 485 Millionen in Aussicht gestellt, um die beiden wichtigsten humanitären Programme der EU zur Unterstützung von Flüchtlingen in der Türkei fortzusetzen.

Die Lage in der Ägäis bleibt indes weiter angespannt. Laufend versuchen Migrant_innen von der Türkei aus auf griechische Inseln wie Lesbos überzusetzen. Zum Teil werden sie von der griechischen Küstenwache gewaltsam zurück in türkische Gewässer geschickt.

Auch der bereits Jahrzehnte zurückreichende **Zypernkonflikt** belastet die Beziehungen EU-Türkei. Die 1983 ausgerufene Türkische Republik Nordzypern wird völkerrechtlich ausschließlich von der Türkei anerkannt, die dort 30.000 Soldat_innen stationiert hat. Die griechisch-zyprische Republik Zypern trat 2004 der EU bei, wodurch de jure die gesamte Insel zu EU-Territorium wurde.

In den letzten Jahren wurden wiederholt intensive Verhandlungen über eine Wiedervereinigung der Insel geführt, im Sommer 2017 standen sie erneut in einer entscheidenden Phase. Ein Durchbruch schien zum Greifen nahe, doch letztlich musste Chefvermittler UN-Generalsekretär António Guterres ein Scheitern der Gespräche einräumen. Größter Streitpunkt blieb die Rolle der Türkei: Ankara beharrte auf dem Verbleib von türkischen Soldat_innen auf der Insel, während Zyperns Präsident Nikos Anastasiades auf einem Totalabzug beharrte. Auch im April 2018 blieben die wieder aufgenommenen Verhandlungen ergebnislos.

In den vergangenen Monaten spitzten sich die Ereignisse auf der geteilten Insel, speziell im Nordteil zu. Bei den Präsidentschaftswahlen in Nordzypern im Oktober 2020 gewann mit Ersin Tatar ein Mann, der eine Zweistaatenlösung favorisiert und darin von Erdoğan unterstützt wird. Zudem erhitzt der ehemalige Badeort Varosha die Gemüter. Es handelt sich um einen Küstenabschnitt in der Stadt Famagusta, der seit dem Krieg unbewohnt ist und vom türkischen Norden kontrolliert wird, während der Süden die Rückgabe der Hafenstadt an ihre ursprünglichen Bewohner_innen fordert. Im Oktober verkündete Nordzypern Varoshas Wiederöffnung, was zu Protesten Nikosias beim UN-Sicherheitsrat und der EU führte.

Im Laufe des Jänners 2021 verdichteten sich allerdings die Anzeichen, dass die Zypern-Gespräche unter UN-Führung bald wieder aufgenommen werden könnten.

Kritisch sieht die EU auch die **Rolle der Türkei in Syrien**. Seit 2016 intervenierte die türkische Armee dreimal im syrischen Bürgerkrieg. Die bisher letzte türkische Militäroffensive im Herbst 2019 verfolgte das Ziel, die Kurdenmiliz YPG, die von Ankara als Terrororganisation angesehen wird, aus Nordsyrien zu verdrängen. Ziel war und ist es, eine zusammenhängende kurdisch-verwaltete Region zu

verhindern. Die Kämpfe wurden von der europäischen Öffentlichkeit besonders kritisch gesehen; auch die EU und viele ihrer Mitgliedstaaten verurteilten den Einmarsch. Die EU beschloss, den Verkauf von militärischer Ausrüstung an die Türkei zu beschränken, aber ein Embargo gegen den wichtigen (NATO-)Partner wurde nicht verhängt.

Die Rolle der Türkei in **Libyen** trifft ebenfalls auf Ablehnung in der EU. Frankreichs Präsident sprach gar von einer „kriminellen und historischen Verantwortung“, die Erdoğan trage. Ankara begnügt sich nämlich nicht damit, die international anerkannte Einheitsregierung von Fayiz as-Sarradsch zu unterstützen, sondern versucht seinen Einfluss in Libyen massiv auszuweiten und zu festigen. Die beiden Staaten unterzeichneten im November 2019 zwei Memoranda of Understanding. Das erste Dokument definiert die – nicht seerechtskonformen – gemeinsamen Seegrenzen (siehe Details weiter unten). Im zweiten Abkommen trafen Ankara und Tripolis Festlegungen zur militärischen Zusammenarbeit. Im Jahre 2020 folgten weitere Abkommen über die wirtschaftliche Kooperation, in deren Zusammenhang Kritiker_innen von neokolonialen Verhalten der Türkei sprechen. Besonders argwöhnisch werden in der EU die Entsendung von Militärberater_innen und bis zu 18.000 syrischen Söldnern, die Lieferung von Waffen (unter Umgehung des UN-Waffenembargos), somit die Anheizung des Bürgerkriegs in Libyen und schließlich die Unterstützung für die libyschen Muslimbrüder durch die Türkei beobachtet.

Schließlich sorgte auf EU-Seite auch die türkische Haltung im **Krieg um Bergkarabach** zwischen Armenien und Aserbaidschan im Frühherbst 2020 für Irritationen. Ankara unterstützte Aserbaidschan mit Waffen und der Entsendung von Militärberater_innen. Zudem ließ die Türkei rund 2.000 Milizionäre aus Syrien einfliegen. Aus EU-Sicht agierte Ankara damit nicht konstruktiv, sondern kriegstreibend.

Der Gasstreit im östlichen Mittelmeer

Besonders belastend auf die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei wirkt sich spätestens seit 2019 der sogenannte Gasstreit aus. In den Gewässern südlich und östlich der Insel Zypern lagern beträchtliche Gasvorkommen. Sie befinden sich unter Auslegung des UN-Seerechtsübereinkommens aus dem Jahre 1982 in den Wirtschaftszonen Zyperns, Israels, Syriens und des Libanon.

Umstrittene Seegrenzen

Die Türkei hat das Seerechtsübereinkommen nicht unterzeichnet und weist auch die Anwendung des Seegewohnheitsrechts im östlichen Mittelmeer zurück. Daher fehlt eine Einigung auf gemeinsame Seegrenzen, was die Beziehungen zu Griechenland und zu Zypern zusätzlich belastet:

Griechenland betrachtet die Gewässer rund um seine Inseln unmittelbar vor der Südküste der Türkei als sein Eigen, was auch manchen Seerechtsexpert_innen zu weit geht. Die Türkei wiederum schloss, wie bereits oben angemerkt, im November 2019 eine Vereinbarung mit der libyschen Regierung, die die Gewässer östlich und südöstlich der griechischen Insel Kreta als ausschließliche Wirtschaftszone der Türkei festlegte. Da das Abkommen die – nach dem Seerechtsübereinkommen berechtigten – griechischen Wirtschaftszonen ignoriert, protestierte Athen ebenso energisch wie die Republik Zypern und Ägypten.

Was **Zypern** betrifft, weist die Türkei die Wirtschaftszone der Republik Zypern zurück und erhebt zum Teil stellvertretend für die Republik Nordzypern Anspruch auf einen Teil der Gewässer.

Zuspitzung des Konflikts

Vor dem Hintergrund dieser unvereinbaren Ansprüche einigten sich die Republik Zypern, Griechenland, Israel und Ägypten auf die gemeinsame Exploration und die Aufteilung der umfangreichen Gasvorkommen, die sich vor allem südlich und östlich der Insel Zypern befinden. Es wurden bereits Verträge mit verschiedenen Ölkonzernen abgeschlossen, darunter Eni, Total, Exxon und Novatek. Zypern, Griechenland und Israel beschlossen zudem den Bau der Eastern Mediterranean pipeline, die ab 2025 das Gas ausgehend von den Bohrfeldern über die Inseln Zypern und Kreta weiter nach Griechenland und dann in Richtung EU transportieren soll. Im Jänner 2020 erfolgte in Kairo der nächste Schritt: Die genannten vier Staaten sowie Italien, Jordanien und die Palästinensische Autonomiebehörde gründeten das Gasforum Östliches Mittelmeer. Frankreich soll dieser internationalen Organisation 2021 beitreten; die EU, die USA und die Vereinigten Arabischen Emirate haben Beobachterstatus.

Die Türkei ist aus all diesen Aktivitäten ausgeschlossen und führt seit 2019 wiederholt Explorationen und Probebohrungen in griechischen und zyprischen Gewässern durch, was postwendend zu Protesten aus Athen und Nikosia führte. Im August 2020 eskalierte die Lage, als das Forschungsschiff Oruç Reis, begleitet von türkischen Marineschiffen, erneut in See stach. In der Nähe der griechischen Insel Kastelorizo kam es zu einem militärischen Zwischenfall zwischen der griechischen Fregatte Limnos und dem türkischen Marineschiff Kemal Reis, das dabei erhebliche Schäden davontrug. Eine weitere militärische Konfrontation konnte aufgrund von Vermittlungsbemühungen des deutschen EU-Ratsvorsitzes und der NATO verhindert werden.

Der Zwischenfall ist im Kontext bereits seit langem bestehender militärischer Spannungen in der Ägäis und dem östlichen Mittelmeer zu sehen. Die türkische Luftwaffe verletzt bereits seit Jahren wiederholt den griechischen Luftraum, was immer wieder zu diplomatischen Zwistigkeiten führt.

Dem Zwischenfall bei Kastelorizo folgten weitere verbale und militärische Aufrüstung: Der griechische Außenminister Nikos Dendias warf Erdoğan vor, im östlichen Mittelmeerraum eine „neo-osmanische“ Ideologie zu verfolgen. Griechenland, Zypern, Frankreich und Italien hielten überdies Ende August die kombinierte Marine-Luftwaffe-Übung „Eunomia“ im östlichen Mittelmeer ab. Auch Ägypten, Israel und die Vereinigten Arabischen Emirate zeigten sich solidarisch mit Griechenland. Dieses rüstet zudem auf, indem es u.a. 18 Rafale-Kampfflugzeuge und vier neue Fregatten anschaffen wird. Außerdem will es seine Streitkräfte um 15.000 Berufssoldat_innen aufstocken. Die Türkei antwortete mit eigenen Manövern und setzte nach einer kurzen Phase der Entspannung im Herbst ihre Explorationen und somit Provokationen fort.

Die Reaktion der EU

Wegen der türkischen Bohrungen suspendierte die EU bereits 2019 die Verhandlungen über ein Luftverkehrsabkommen und sagte u.a. die Tagung des Assoziationsrats mit der Türkei ab. Im Februar 2020 folgten Sanktionen und Vermögenssperren gegen einzelne Personen und Firmen, die in die genannten Bohrungen involviert sind.

Nach der Eskalation des Streits im August 2020 versuchten Griechenland, Zypern, Frankreich, Österreich und weitere Mitgliedstaaten die Verhängung von Sanktionen gegen die Türkei voranzutreiben. Vor allem Athen und Nikosia drängten auf weitreichende Strafmaßnahmen gegen ganze Wirtschaftszweige der Türkei. Der deutsche EU-Vorsitz im zweiten Halbjahr 2020, unterstützt von etlichen weiteren Mitgliedstaaten wie Italien und Spanien, war um Deeskalation mit Ankara bemüht und versuchte, zwischen Griechenland und der Türkei zu vermitteln. Es sei nicht die Zeit für eine völlig andere Politik gegenüber Ankara, hieß es aus Berlin, das auch die Abhängigkeit vom NATO-Partner Türkei in Fragen der Migration und des EU-Außengrenzschatzes ins Treffen führte.

Die Uneinigkeit unter den Mitgliedstaaten zeigte sich besonders im September 2020, als Zypern Sanktionen gegen Belarus blockierte, um auch Strafmaßnahmen gegen die Türkei durchzusetzen. Der Kompromiss beim EU-Gipfel Mitte Oktober lief darauf hinaus, dass keine Sanktionen verhängt, aber weiterhin angedroht wurden. Die Entscheidung wurde vertagt.

Beim EU-Gipfel am 10. und 11. Dezember 2020 blieben die Staats- und Regierungschef_innen bei ihrer ambivalenten, in Summe aber zurückhaltenden Vorgehensweise. Einerseits wurden die einseitigen Maßnahmen und Provokationen der Türkei im östlichen Mittelmeerraum mit Bedauern kritisiert und der Rat aufgefordert, Sanktionen gegen weitere einzelne Personen und Firmen auszuarbeiten. Auch das „einseitige Vorgehen“ der Türkei auf Zypern wurde verurteilt. Andererseits wurde „das strategische Interesse der EU an der Entwicklung einer kooperativen und für beide Seiten nutzbringenden Beziehung zur Türkei“ bekräftigt und dem Land eine „echte Partnerschaft“ angeboten. Josep Borrell, der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, und die Kommission wurden beauftragt, bis März 2021 einen Bericht über den Stand der Beziehungen sowie „Instrumente und Optionen für das weitere Vorgehen“ vorzulegen. In Bezug auf den Zypernkonflikt machten sich die EU-Staats- und Regierungschef_innen für erneute Verhandlungen unter UN-Ägide stark.

Anzeichen der Entspannung

- Schon im Herbst wurde unter Vermittlung der NATO ein Notfallmechanismus zur Krisenkommunikation zwischen Athen und Ankara beschlossen, um militärische Zwischenfälle zu vermeiden.
- Am 21. Jänner 2021 kam der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu zu einem „cordial, frank and thorough“ Meinungs austausch mit Josep Borrell nach Brüssel.
- Ebenfalls positiv zu werten ist, dass am 25. Jänner Griechenland und die Türkei ihre seit 2016 unterbrochenen Gespräche über Seestreitigkeiten wieder aufnahmen. Dieser Schritt war bereits Mitte September auf Vermittlung von Deutschland und den USA vereinbart worden, jedoch an unterschiedlichen Vorstellungen gescheitert. Aus griechischer Sicht sollte nur über maritime Differenzen, nicht aber über die Entmilitarisierung einiger Inseln in der Ägäis gesprochen werden.

Freilich bleibt abzuwarten, ob die Spannungen im östlichen Mittelmeer tatsächlich abgebaut werden können und eine Lösung im Gasstreit möglich ist.

Gemeinsamkeiten EU-Türkei

Gegen eine schrankenlose Eskalation der Streitigkeiten im östlichen Mittelmeerraum und eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei spricht die Tatsache, dass beide Seiten in mehrfacher Hinsicht aufeinander angewiesen sind:

So wie 21 EU-Staaten ist auch die Türkei **Mitglied der NATO**, der sie 1952 beitrug – übrigens gemeinsam mit Griechenland. Aus Sicht der NATO-Partner kommt der Türkei aufgrund ihrer geographischen Lage eine besondere Bedeutung zu. Sie befindet sich nicht nur in unmittelbarer Nachbarschaft und an der Südflanke Russlands, sondern auch des Südkaukasus und des Nahen und Mittleren Ostens. All ihre direkten Nachbarstaaten im Osten (Georgien, Armenien, Iran, Irak, Syrien) waren in den letzten Jahren bzw. sind immer noch von Krisen oder gar Kriegen gebeutelt.

Die strategische Bedeutung der Türkei wird auch daran ersichtlich, dass 90 von 240 Atomwaffen, die im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO außerhalb der USA stationiert sind, in der türkischen Luftwaffenbasis Incirlik gelagert sind. Der Stützpunkt dient(e) zudem den USA und anderen NATO-Partnern als wichtige Basis für die Einsätze in der Region, vor allem im Irak und in Afghanistan.

Freilich bereitet die Türkei ihren NATO-Partnern wiederholt einiges Kopfzerbrechen. Abgesehen von den genannten Konflikten sei hier an den Kauf des russischen Raketenabwehrsystems S-400 erinnert. Vor allem die USA befürchten, dass Moskau dadurch Zugang zu NATO-Technologie erhalten könnte und verhängten im Dezember 2020 erste Sanktionen.

Dennoch ist es für die NATO (und somit auch für den Großteil der EU-Staaten) von großer Bedeutung, die Türkei im Bündnis zu halten. Streitigkeiten lassen sich im Rahmen einer gemeinsamen Allianz einfacher lösen als mit einem externen Player. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg bemühte sich daher intensiv um die Schaffung bzw. Stärkung von „Deconflict mechanisms“ zwischen Athen und Ankara. Die Türkei wiederum ist sich der Vorteile, einem bedeutenden Verteidigungsbündnis anzugehören, das Sicherheit gewährleistet und Zugang zu Technologie ermöglicht, bewusst.

Der **rege Handel zwischen der EU und die Türkei** ist ein weiteres wichtiges stabilisierendes Element in den Beziehungen: Die EU ist größter Handelspartner der Türkei, umgekehrt ist die Türkei für die EU der sechstwichtigste Handelspartner. Im Jahr 2019 exportierte die EU Waren im Wert von 68 Milliarden Euro in die Türkei, während die Importe rund 70 Milliarden Euro ausmachten. Seit 2009 verdoppelte sich das Handelsvolumen damit beinahe, wobei sich die aus EU-Sicht negative Handelsbilanz erstmals 2019 einstellte. Größter Handelspartner unter den EU-Staaten ist Deutschland: im Jahr 2019 führte es Waren im Wert von über 13 Milliarden Euro aus der Türkei ein, umgekehrt exportierte es Güter im Wert von über 20 Milliarden Euro. Relativ gesehen ist der Handel mit der Türkei besonders für Bulgarien, Rumänien und Griechenland von Bedeutung.

Folglich hat keine Seite ein großes Interesse daran, die wirtschaftliche Verflechtung zu gefährden – die Türkei derzeit schon gar nicht. Auch wenn die türkische Wirtschaft trotz Berg- und Talfahrt 2020 in Summe gewachsen sein dürfte, sieht sich die Bevölkerung einem massiven Kaufkraftverlust gegenüber. Grund ist der rapide Verfall der Lira in den vergangenen Jahren (vor drei Jahren mussten für einen Euro nicht einmal fünf Lira bezahlt werden, derzeit fast neun), gekoppelt mit hoher Inflation (2020 rund

14 %) und rückläufigen Reallöhnen. Die Arbeitslosigkeit ging zuletzt zurück, verharrt aber mit einer Rate von über 12 % immer noch auf hohem Niveau.

Schließlich ist die **Flüchtlingsfrage** nicht nur ein trennendes, sondern auch ein verbindendes Element. Die Türkei und die EU (manche Mitgliedstaaten mehr als andere) sind aufeinander und auf den guten Willen der anderen Seite angewiesen. Ankara kann die finanzielle Unterstützung der EU für die Flüchtlinge gut gebrauchen, während die Union gänzlich überfordert wäre, wenn die Türkei es erlauben oder forcieren würde, dass sich tausende oder hunderttausende Menschen in Richtung Westen aufmachen.

Fazit und Ausblick

Die Türkei und die EU haben in vielen Bereichen unterschiedliche, ja zum Teil widerstreitende Interessen, die in Konflikte münden. Besonders im Gasstreit wird deutlich, dass Ankara nicht davor zurückschreckt, Ansprüche auch mit einer gewissen Rücksichtslosigkeit gegen Griechenland und Zypern zu verfolgen. Gleichzeitig sind die EU und die Türkei in einer schwierigen Partnerschaft miteinander verbunden und aufeinander angewiesen.

Auch wenn seit wenigen Wochen die Zeichen wieder auf Entspannung stehen, ist nicht damit zu rechnen, dass die tiefsitzenden Interessenkonflikte aus dem Weg geräumt werden können. Nicht zuletzt aufgrund der Persönlichkeitsstruktur Präsident Erdoğan wird es auch weiterhin ein Auf und Ab in den Beziehungen geben. Erdoğan und seine AKP sind derzeit unter Druck, denn die Umfragen belegen eine historisch niedrige Zustimmung (rund 37 %) zur Regierungspartei, deren Niederlage bei den Kommunalwahlen in Istanbul, Ankara und anderen Großstädten 2019 bereits ein Warnzeichen für den Präsidenten war. Im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2023 kann sich Erdoğan angesichts der prekären Wirtschaftslage keinen Bruch mit Europa leisten. Zugleich könnte er jedoch wie in der Vergangenheit versucht sein, die Stimmung in der Bevölkerung zu seinen Gunsten anzuheizen, indem er verbale Angriffe gegen die EU, einzelne Staaten oder deren Regierungschef_innen reitet.

Infolgedessen sind entscheidende Fortschritte bei den EU-Beitrittsverhandlungen in den nächsten Jahren nahezu ausgeschlossen. Besonders im Gasstreit werden Phasen der Kooperation und der Konfrontation bzw. Provokation einander ablösen. Eine dauerhafte Beilegung des Konflikts ist ebenso unwahrscheinlich wie harte EU-Sanktionen gegen die Türkei.

Weiterführende Links

Borrell, Josep: The way ahead after a difficult 2020 for EU-Turkey relations, 18.12.2020, abrufbar: https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/90861/way-ahead-after-difficult-2020-eu-turkey-relations-%C2%A0_en.

Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste: Seevölkerrechtliche Bewertung der türkisch-libyschen Vereinbarung über die Abgrenzung ihrer maritimen Interessenssphären im östlichen Mittelmeer, 17.1.2020, <https://www.bundestag.de/resource/blob/678992/e6247b1311a73d6058a5d50ea7eb2682/WD-2-143-19-pdf-data.pdf>.

Ekathimerini.com: Turkey and Greece resume talks on maritime disputes after five years, 25.1.2021, <https://www.ekathimerini.com/261624/article/ekathimerini/news/turkey-and-greece-resume-talks-on-maritime-disputes-after-five-years>.

Ekathimerini.com: UN chief intends to invite Cyprus rivals to meet soon, 20.1.2021, <https://www.ekathimerini.com/261429/article/ekathimerini/news/un-chief-intends-to-invite-cyprus-rivals-to-meet-soon>

Europäische Kommission, Pressemitteilung: EU unterschreibt letzte Verträge im Rahmen der 6 Mrd. EUR umfassenden Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei, 17.12.2020, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2487.

Europäisches Parlament: Entschließung vom 24.11.2016 zu den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei (2016/2993(RSP)), https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2016-0450_DE.html.

Europäisches Parlament: Entschließung vom 13.3.2019 zu dem Bericht 2018 der Kommission über die Türkei (2018/2150(INI)), https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0200_DE.html.

European Commission: European Neighbourhood Policy and Enlargement Negotiations: Turkey, https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/countries/detailed-country-information/turkey_en.

European Commission: Turkey 2020 Report, Commission Staff Working Document, SWD(2020) 355 final, 6.10.2020, https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/turkey_report_2020.pdf.

European Union External Action Service, Press release: EU/Turkey: High Representative/Vice-President Josep Borrell with Foreign Minister Mevlüt Çavuşoğlu on the way forward in mutual relations, 21.1.2021, https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/91878/euturkey-high-representativevice-president-josep-borrell-foreign-minister-mevl%C3%BCt-%C3%A7avu%C5%9Fo%C4%9Flu-way_en.

Eurostat: Turkey-EU - international trade in goods statistics, März 2020, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Turkey-EU_-_international_trade_in_goods_statistics#Trade_with_Turkey_by_Member_State.

FreedomHouse, Freedom in the World 2020, Turkey, <https://freedomhouse.org/country/turkey/freedom-world/2020>.

Friedrich-Ebert-Stiftung: Türkei Nachrichten Nr 51/Februar 2020, <http://fes-tuerkei.org/media/pdf/newsletter/2020/NewsletterTurkei51Februar2020.pdf>.

Gutsche, Angelika: Die Türken in Libyen, auf: der Freitag, 29.12.2020, <https://www.freitag.de/autoren/gela/die-tuerken-in-libyen>.

Hellenic Republic, Ministry of Foreign Affairs: Minister of Foreign Affairs Nikos Dendias' statement following his meeting with his German counterpart, Heiko Maas (Athens, 25 August 2020), <https://www.mfa.gr/en/current-affairs/top-story/minister-of-foreign-affairs-nikos-dendias-statement-following-his-meeting-with-his-german-counterpart-heiko-maas-athens-25-august-2020.html>.

IPG-Journal: Die Militärs haben das Sagen, Interview mit Felix Schmidt, Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Türkei, geführt von Claudia Deutsch, 8.10.2020, <https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/tuerkei-4706/>.

Maltezou, Renee, Gumrukcu, Tuvan: Turkey, Greece agree to resume talks after four years, in: Reuters, 22.9.2020, <https://www.reuters.com/article/us-turkey-greece-eu/turkey-greece-ready-to-resume-exploratory-talks-turkish-presidency-idUSKCN26D1UC>.

Memorandum of Understanding between the Government of the Republic of Turkey and the Government of National Accord-State of Libya on Delimitation of the Maritime Jurisdiction Areas in the Mediterranean, 27.11.2019, abrufbar unter: https://euromenaenergy.com/wp-content/uploads/2019/12/libya_MOU.pdf.

Reporter ohne Grenzen Österreich: Rangliste der Pressefreiheit, <https://www.rog.at/press-freedom-index/>.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 10. und 11. Dezember 2020, EUCO 22/20, <https://www.consilium.europa.eu/media/47346/1011-12-20-euco-conclusions-de.pdf>.

Tali, Didem (in collaboration with Freedom House and RIWI): Perceptions towards Freedom of Expression in Turkey, March 2020, <https://freedomhouse.org/sites/default/files/2020-07/Perceptions%20towards%20Freedom%20of%20Expression%20in%20Turkey%202020%20%281%29.pdf>.

Trading Economics: Turkey – Economic Indicators, <https://tradingeconomics.com/turkey/indicators>.

Vavasseur, Xavier: Eunomia: Cyprus Greece France and Italy Conducting Combined Drills in Eastern Med, in: Navalnews, 28.8.2020, <https://www.navalnews.com/naval-news/2020/08/eunomia-cyprus-greece-france-and-italy-conducting-combined-drills-in-eastern-med/>.

Wikipedia-Artikel:

- Accession of Turkey to the European Union, https://en.wikipedia.org/wiki/Accession_of_Turkey_to_the_European_Union.
- Cyprus dispute, https://en.wikipedia.org/wiki/Cyprus_dispute.
- EastMed Gas Forum, https://en.wikipedia.org/wiki/EastMed_Gas_Forum.
- EastMed pipeline, https://en.wikipedia.org/wiki/EastMed_pipeline.
- EU-Türkei-Abkommen vom 18. März 2016, https://de.wikipedia.org/wiki/EU-T%C3%BCrkei-Abkommen_vom_18._M%C3%A4rz_2016.
- Explorationsfahrt der Oruç Reis, https://de.wikipedia.org/wiki/Explorationsfahrt_der_Oru%C3%A7_Reis.
- Gasstreit im Mittelmeer, https://de.wikipedia.org/wiki/Gasstreit_im_Mittelmeer.
- Parlamentswahl in der Türkei 2023, https://de.wikipedia.org/wiki/Parlamentswahl_in_der_T%C3%BCrkei_2023.

Zeit online: USA verhängen Sanktionen gegen Türkei, 14.12.2020, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-12/usa-tuerkei-sanktionen-nato-buendnispartner-raketensystem-russland-pompeo>.